Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.20, vierteljährlich M. 6.60; für Abholer monatlich M. 2.00, durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 7.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.30; Morgen-Ausgabe M. 1.75, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 40 Pf., v. auswärts 50 Pf.; Anzeigen v. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 80 Pf., v. auswärts 90 Pf.; Reklamezeile 250 Pf.; Reklamenzuschlag: 20%; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 50 Pf.; Papierzuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 20%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Planvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Reichsgesetz. Fernsprech-Anschluß: Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 2300. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 659 — Sonnabend, den 28. Dezember — 1918

Landeswahlen am 19. Januar

Früherlegung der Landeswahlen

△ Dresden, 27. Dezember. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung des Landesrats der A.- und S.-Räte Sachsens wurde nach eingehender Debatte ein Antrag der Mehrheitssozialisten, die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung zugleich mit den Reichswahlen stattfinden zu lassen und die sächsische Nationalversammlung spätestens acht Tage nach der Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses zusammenzuberufen, sowie ein Antrag Nitzsches auf Einsetzung eines Zentralrates mit großer Mehrheit angenommen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen des Landesrats berichten wir auf Seite 3.

Beginn der Friedenskonferenz am 6. Januar?

Amsterdam, 27. Dezember. (Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: Die „Morning Post" erfährt, daß das Programm der Friedenskonferenz einige kleine Veränderungen erfahren hat. Die Konferenz werde nun wahrscheinlich am 6. Januar ihren Anfang nehmen. An den ersten Besprechungen würden sich nur die vier Großstaaten England, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten beteiligen. Die übrigen Alliierten würden eingeladen, sich zu Beratungen einzufinden, bei denen nur ihre besonderen Interessen in Frage kämen. So würde, wenn die Balkanfrage zur Besprechung komme, eine Einladung an Serbien, Griechenland und Rumänien ergehen. An den Besprechungen über die künftige Gestaltung Ungarns werde dagegen Griechenland als unmittelbar nicht interessiert nicht teilnehmen. Zu Beginn der Beratungen komme die allgemeine Lage in Europa zur Besprechung.

Haag, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Vandervelde, der Führer der belgischen Arbeiterpartei, hatte mit dem Brüsseler Korrespondenten des Amsterdamer „Handelsblad" eine Unterredung über seinen Standpunkt als Delegierter der Friedenskonferenz zu etwaigen annexionistischen Plänen. Aus der ihm gewordenen Antwort will der Korrespondent die Schlußfolgerung ziehen können, daß die belgische Friedensabordnung gegen jede gewaltsame Annexion stimmen werde.

Erleichterungen der Wahlvorbereitungen im besetzten Gebiet

Berlin, 27. Dezember. (Drahtbericht.) Auf die von der Deutschen Waffenstillstandskommission dem Oberkommando der Alliierten vorgetragenen Wünsche, daß zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung die Absperrungsmaßnahmen in dem besetzten Gebiet zu mildern seien, hat Marschall Foch den deutschen Behörden folgende Erleichterungen zugestanden:

1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen.

2. Preß- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und dem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht.

3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands wird den Personen gewährt, welche im Besitz eines Paßtergesuches der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind.

Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet von Elsaß-Lothringen.

* * *

Bern, 27. Dezember. (Drahtbericht.) Einem Straßburger Telegramm des „Journal des Débats" zufolge hat der französische Militärgouverneur von Straßburg die Vornahme der Wahlen für die deutsche Nationalversammlung im ganzen elsässischen Gebiete verboten.

Die Krise besteht fort

⊙ Berlin, 27. Dezember. (Drahtber. unserer Berliner Schriftleitung.) Die politische Lage hat sich auch heute noch nicht geklärt. Die Krise dauert an. Aber die Meldungen, die über ihren Stand durch die Blätter laufen, erweisen sich bei näherer Sachprüfung als durchweg falsch oder zumindest schief. Man darf den Blättern deshalb nicht einmal einen Vorwurf machen. Es gibt im Augenblick keine einzige Stelle, wo sie sich auch nur mit einiger Sicherheit informieren können. Unrichtig ist es jedenfalls, daß der Zentralrat der A.- u. S.-Räte schon heute früh zusammengetreten ist, das wird erst morgen der Fall sein. Aber es gibt wohl auch nicht die ganze Wahrheit wieder, wenn der „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Keine Regierungskrise" heute abend schreibt: „Die Gerüchte über den Rücktritt der Räte der Volksbeauftragten oder einzelner seiner Mitglieder werden von der Reichskanzlei für unbegründet erklärt." Eine solche Krise besteht, wie gesagt, noch wie vor, und es kann auch sein, daß sie morgen im Zusammenhang mit der Tagung des Zentralrates ihren Austrag findet und wir schon dann ein neues oder wenigstens zum Teil neues Kabinett zu begrüßen haben. In Kreisen, die der sozialdemokratischen Mehrheitspartei nahestehen, spricht man davon, daß unter Umständen die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg aus dem Kabinett ausscheiden und durch Noske, Cohen-Reuß und Leinert ersetzt werden. Im „Vorwärts" und in der „Freiheit" geht heute abend der Streit weiter, wer an dem Blutvergießen und dem Putsch am Montag und Dienstag die Schuld getragen hat. Die beiden überhäufen einander mit Vorwürfen. Nach der einen Darstellung sind die Spartakusleute und die Matrosen Lämmlein weiß wie Schnee, und alle Schuld fällt auf Ebert, und insbesondere auf Herrn Wels und andere. Dabei finden die Mehrheitssozialisten, daß das Kabinett sich in dieser kritischen Stunde korrekt und politisch weitsichtig erwiesen habe. In diesen Streit sich einzumischen hat keinen Sinn. Fehler werden wohl auch bei den Mehrheitssozialisten gemacht worden sein. Das Hauptübel freilich liegt tiefer, liegt in der Abneigung und der mangelnden Fähigkeit der Unabhängigen, etwa eine Regierung zu bilden und ein Staatswesen zu führen, liegt wohl auch in der Unentschlossenheit und dem zur Gewohnheit gewordenen Hin- und Herschwanken der mehrheitssozialistischen Kabinettsmitglieder. Nun sieht es freilich aus, als ob sie in letzter Stunde sich aufraffen wollen und denselben Weg gehen, den, mit leider soviel Erfolg, die Unabhängigen und Spartakusleute in allen diesen Wochen gegangen sind. Im „Vorwärts" lesen wir heute folgenden Aufruf: Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erregung der Berliner Bevölkerung wegen des terroristischen Treibens der Spartakusgruppe zur Siedehitze gesteigert. Die sozialistische Partei Deutschlands hatte bereits für den heutigen Freitag eine Demonstration geplant, aber wegen der Feiertage konnten die Vorbereitungen nicht so umfassend getroffen werden, daß mit Sicherheit die ganze Berliner Bevölkerung von dem Vorhaben benachrichtigt werden konnte. Der Wille der werktätigen Massen muß aber soweit wie möglich zum Ausdruck kommen. Wer nicht will, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung durch kleine bewaffnete Trupps terrorisiert werden, wer Gewaltstreiche, wie die Festnehmung der Regierung durch eine Schar Bewaffneter oder den Raub des „Vorwärts" durch irgendwelchen Haufen verabscheut, wer will, daß endlich das Blutvergießen in den Straßen Berlins aufhört und Ruhe und Ordnung einkehrt, wer Berlin vor einer Besetzung durch die Entente bewahren will, der halte sich bereit, zu demonstrieren. Die Welt soll und muß erfahren, wo die Berliner werktätige Bevölkerung steht. Jedermann gehört am Sonntag in die Reihen der Demonstranten gegen Blutdiktatur und Spartakusbund.

Ein Ultimatum der Ebertgruppe?

⊙ Berlin, 27. Dezember. (Drahtber. unserer Berliner Schriftleitung.) Es ist anzunehmen, daß in der morgigen Sitzung des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte mit den Volksbeauftragten die drei mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten, die Herren Ebert, Scheidemann und Landsberg, ein gewisses Ultimatum stellen werden, um die Sicherheit zu schaffen, ohne die eine geradlinige Politik auf die Dauer unmöglich ist. Es wird sich dann fragen, welche Haltung die unabhängigen Herren Haase und Dittmann dazu einnehmen werden. Herr Barth, der mit seinen Sympathien ja sehr stark zu den Spartakusleuten neigt, dürfte jedenfalls kaum eine Störung in jenem Sinne mitmachen, wie sie die Mehrheitssozialisten als Voraussetzung für jede weitere politische Arbeit verlangen. Dittmann hat mehr noch als Haase einen vermittelnden Standpunkt eingenommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß, wenn Eberts Verlangen stattgegeben wird, beide ihren Rücktritt aus dem Kabinett erklären werden. Auf alle Fälle haben die drei mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten eine starke Stütze im Zentralrat, aber selbst wenn es Ebert gelingen sollte, das von ihm Gewünschte zu erreichen, und unter Umständen sogar ein mehrheitssozialistisches Kabinett zu bilden, ist die Gefahr weiterer Eingriffe der Straße in den Gang der Regierungspolitik damit nicht beschworen, sondern vielleicht noch größer als bisher.

Das Treiben der Spartakusgruppe

⊙ Berlin, 27. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Politischen parlamentarischen Nachrichten" schreiben: Von verschiedenen unbedingt zuverlässigen Seiten ist der Regierung authentisch mitgeteilt worden, daß die Spartakusgruppe beschlossen habe, sobald wie möglich, wenn angängig, schon heute, die Volksbeauftragten zu stürzen und die neue Regierung Liebknecht-Ledebour-Eichhorn zu proklamieren. Die Spartakusleute rechnen dabei auf die Unterstützung der erbitterten Matrosen und großer Teile des Sicherheitsdienstes. Die Kabinettssitzung am gestrigen Vormittag verlief, wie wir hören, sehr ruhig und ging rasch zu Ende. Eine weitere Kabinettssitzung hat gestern nicht stattgefunden.

Berlin, 27. Dezember. (Eig. Drahtber.) Unter den Spartakusleuten wird die Verteilung von Gewehren und Munition fortgesetzt. Gegen den Einzug der Matrosen in die republikanische Soldatenwehr macht sich in Kreisen der Soldaten steigender Widerstand geltend. Die allgemeine Lage treibt deutlich einer gewaltsamen Lösung der Krise zu.

* * *

Auch der „Voss. Ztg." geht jetzt die Nachricht zu, daß der Chef der bolschewistischen Propaganda Radek in Berlin weilt. Ob die Anwesenheit Radeks in Berlin mit den in den Weihnachtstagen erfolgten Putschen im Zusammenhang steht, ist eine offene Frage. Bemerkt sei auch, daß in dem Bericht der sozialistischen Volksbeauftragten über die Vorgänge am 23. und 24. Dezember die Rede von „Drahtziehern und Hintermännern" der Bewegung ist, deren Persönlichkeit im Dunkeln gelassen wird. Diese Nachricht ist schon mehrfach gebracht worden, ohne daß bisher ein Dementi erfolgt wäre.

Rücktritt der unabhängigen Volksbeauftragten?

⊙ Berlin, 27. Dezember. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Nationalzeitung" schreibt: Gegen zwei Uhr mittags wurde eine Reihe öffentlicher Gebäude angeklingelt und ihnen mitgeteilt, daß die den Mehrheitssozialisten entstammenden Volksbeauftragten von der Regierung zurückgetreten seien. Diese Nachricht, die, wie man vermutet, aus dem Polizeipräsidium stammt, ist unwahr. Scheidemann erklärte, er denke nicht daran, zurückzutreten. Die Stellung der Mehrheitssozialisten im Kabinett und im Zentralrat der A.- und S.-Räte sei so stark, daß sie nicht an den Rücktritt zu denken haben. Eher sei es möglich, daß die Anhänger der gegensätzlichen Richtung an ihren Rücktritt denken müßten.

Ein Rücktritt der Unabhängigen aus der Regierung steht dagegen nach dem Abendblatt der „Freiheit" bevor. In einer Erklärung, die heftige Angriffe gegen Ebert und Scheidemann enthält und in der behauptet wird, daß die unabhängigen Volksbeauftragten von den Entscheidungen der Regierung, die zu den letzten blutigen Vorfällen führten, nicht unterrichtet waren, heißt es zum Schluß: Deckt der Zentralrat die Mitglieder der Regierung, deren Verhalten zu einem Blutbad geführt hat, deckt er eine Politik, die in ihrer Konsequenz dem Sozialismus schädlich ist, so werden wir unsere Pflicht außerhalb der Regierung erfüllen.

Das Ende der nationalliberalen Partei

Von
Otto Keinath, M. d. R.

Mit den alten Formen des Reiches ist auch die nationalliberale Partei verschwunden. Auch die Gegner der Partei haben vielfach anerkannt, was die nationalliberale Partei dem Reich und der Reichseinheit vorrevolutionärer Form gewesen ist. Ein Gegner hat sie die Partei der Reichsgründung genannt. Ihre Geburtsstunde war die Stunde der Gründung des Bismarckschen Deutschen Reiches. Sie wuchs und festigte sich mit dem Erstarken und mit dem inneren Ausbau des Reiches, sie wurde schwer erschüttert während der inneren Kämpfe der achtziger Jahre und festigte sich neu in der Zeit der allmählichen innerpolitischen Abklärung Ende der neunziger Jahre und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, und sie verfiel endlich der Auflösung mit der Zerstörung des Bismarckschen Erbes. Insofern ist sie sich selbst und ihrer Bestimmung als der Partei der Reichsgründung treugeblieben, so daß sich in die tiefe Trauer über den Verfall des Reiches Bismarckschen Geistes auch stille Trauer um die Partei mischen kann und darf.

Aber die Menschengeschichte und die Geschichte der Völker geht rastlos vorwärts und duldet kein tatenloses Rückschauen in der Politik. Die neue Aufgabe des Aufräumens des Trümmerfeldes, des zähen und fleißigen Ausbauens auf den Resten der Grundmauern erfordert neue Methoden und neue parteipolitische Gruppierungen. Was sich vor dem Kriege in dem Denken der Wähler schüchtern anbahnte, das hat sich in dem Wettersturm von Krieg und Revolution durchgesetzt: der Wille zu starker Zusammenfassung der politischen Kräfte. Die demokratische Republik erfordert Parteien, die imstande sind, Träger der politischen Rechte, Träger der politischen Macht und Träger der vollen politischen Verantwortung für die Geschicke des Volkes zu sein. Die deutschen Parlamente der Vergangenheit boten diese Möglichkeit, das zeigte sich schon bei der vorrevolutionären Parlamentarisierung. Es fehlten große geschlossene Parteien mit scharfen Unterscheidungsmerkmalen in ihrer politischen Staatsauffassung, und es fehlten die willensstarken Führer, erfahren in der Ausübung der Staatsgewalt. Das Gebot unserer Tage war es, zunächst die Zusammenfassung aller freiheitlichen Kräfte zu suchen, die bereit waren, den neuen Bau des Reiches auf demokratischer Grundlage unter Beseitigung aller Klassen- und Standesvorteile, aber unter Aufrechterhaltung einer gesunden, den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt sichernden Eigenwirtschaft aufzurichten.

Es ist bedauerlich, daß diesem Gebot unserer Tage von einigen Führern der alten nationalliberalen Partei nicht Folge geleistet wurde, obwohl sie es grundsätzlich anerkannt haben. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß nicht programmatische Unterschiede den vollständigen Zusammenschluß der nationalliberalen Partei mit der Deutschen demokratischen Partei verhindert haben, sondern gefühlsmäßige, stark ins persönliche spielende Gegensätze. Wie kann man in unserer Zeit sich von der Abneigung leiten lassen, mit dem oder jenem in der Partei zusammen zu arbeiten, weil er vor der Revolution oder gar vor dem Kriege einmal dies oder jenes gesagt oder geschrieben, oder weil er diesen oder jenen Angriff sich geleistet habe! Und doch sind solche gefühlsmäßige Regungen bei der Gründung der Deutschen Volkspartei ganz wesentlich maßgebend gewesen. Es ist kein Geheimnis, daß der Teil der Nationalliberalen, der den Anschluß an die Deutschdemokratische Partei nicht vollziehen wollte, dies fast nur mit der Abneigung gegen das „Berliner Tageblatt" begründete. Es ist aber doch ein unmöglicher Gedanke, eine politische Partei lediglich auf solche Gefühle zu stützen. Die Parteien brauchen positive und nicht nur negative Grundlagen. Sie brauchen sachliche Unterscheidungsmerkmale, um bestehen zu können. Es ist weiter kein Geheimnis, daß die Führerschaft Stresemanns eine große Rolle gespielt hat. Jedermann kann irren und auch die bedeutendsten Politiker können irren. Stresemann hat sich als Parteiführer der Nationalliberalen in zwei entscheidenden Fragen geirrt. Es ist ein guter liberaler Gedanke, daß führende Politiker nach einem Mißerfolg, ohne im übrigen von dem politischen Leben zu verschwinden, zunächst die Führerschaft abgeben, bis die Partei sie wieder ruft. Es ist schade, daß Stresemann, der sich als entschieden liberaler Politiker in Fragen der inneren Politik erwiesen hat, daraus nicht von vornherein die Folgerung gezogen hat. Es wäre dadurch eine wesentliche Erleichterung der parteipolitischen Neugruppierung erreicht worden.

So fehlt denn leider dem Ende der nationalliberalen Partei der große tragische Schluß, der das Gesamtbild der Partei in der Geschichte des deutschen Volkes einheitlich und befriedigend hätte werden lassen. Sie hat sich in verhältnismäßig kleinen Streitigkeiten gespalten. Der eine Teil sucht die Neuordnung im Zusammenschluß zu einer großen Partei der bürgerlichen Linken, die ausreichend Tragkräfte für deutsche Zukunftspolitik besitzt — der Deutschdemokratischen Partei —, während der andere Teil unter neuem Namen und neuem Programm die nationalliberale Partei in einem Parteisplitter, der Deutschen Volkspartei, fortzusetzen sucht und das Erbe beansprucht. Letzterer Anspruch bedarf noch eines Wortes. Die Deutsche Volkspartei ist durch ganz wenige Männer unter Führung Stresemanns gegründet worden, ohne jeden Zusammenhang mit der Partei. Wollten diese Männer eine neue Partei gründen, so war das ihr gutes Recht. Wollten sie aber die nationalliberale Partei fortsetzen, so fehlte ihnen jeder Rechtsanspruch, Entscheidungen zu treffen, ohne die bisherigen Mitglieder der Parteien mit entscheiden zu lassen. Selbst in An-